

Arbeitsfähigkeit der Feuerwehr und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht aufs Spiel setzen!
Eilantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3080

Auszug aus dem Plenarprotokoll 14/46 vom 07.12.2006

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Problem ist seit einiger Zeit klar und bekannt. Sie haben es in den Zeitungen gelesen. Es gibt eine ältere EU-Arbeitszeitrichtlinie aus 2003, die uns vorgibt, auch die Wochenarbeitszeit der Feuerwehrleute zu verändern. Sie leisten derzeit 54 Stunden Dienst pro Woche und können in Zukunft nach dieser EU-Regelung nur noch 48 Stunden in der Woche Dienst tun. Dies wird zu einem akuten Problem, das dann beginnt, wenn die ersten Silvesterraketen in den Himmel steigen, also am 1. Januar 2007.

Das Problem besteht darin, dass die Landesregierung offensichtlich etwas betreibt, das man nur noch als unterlassene Hilfeleistung bezeichnen kann oder auch Erpressung der Feuerwehr nennen kann, indem man die Bürgerinnen und Bürger als Geiseln nimmt. Denn sie mutet der Feuerwehr, den Kommunen, den Bürgerinnen und Bürgern Folgendes zu: Die Feuerwehrleute, die schon jetzt Überstunden machen, leisten auch in Zukunft Überstunden, ohne dass sie bezahlt werden. Da Sie keinen Feuerwehrmann und keine Feuerwehrfrau zwingen können – so weit ist es zum Glück noch nicht –, mehr zu arbeiten, haben Sie das Problem, dass viele von ihnen sagen: Wir wollen keine Überstunden machen, wenn wir kein Geld dafür bekommen.

Das führt dazu, dass die gesamte Sicherheitssituation zum 1. Januar 2007 in Nordrhein-Westfalen infrage steht, weil die Dienstpläne nicht mehr geschrieben werden können. Das meine ich damit, wenn ich sage: Hier wird die Feuerwehr erpresst, indem man ihr sagt, ihr müsst Überstunden machen, auch unentgeltlich, indem man die Bürgerinnen und Bürger als Geiseln nimmt und sagt: Ihr müsst die Bürgerinnen und Bürger beschützen. Das ist die Politik der Landesregierung beim Feuerschutz, bei der Feuerwehr.

Es kommt hinzu, nachdem diese Problemlage uns allen bekannt war, haben sich in den letzten Wochen alle bewegt, um das Problem zu lösen, nur eine nicht. Alle heißt: Die Kommunen haben akzeptiert, dass sie Mehrausgaben tätigen müssen. Denn sie bezahlen die Feuerwehrleute in unserem Land. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen: Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung mit dem neuen Haushalt den Kommunen strukturell wieder Steuermittel entzieht, erklären sich die Kommunen bereit, 23 Millionen € aus ihren knappen Haushalten zu nehmen, um damit Überstunden der Feuerwehr bezahlen zu können, damit die Sicherheit nicht zusammenbricht.
(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Die sind gesetzlich verpflichtet!)

Die Feuerwehrleute kommen den Kommunen entgegen, indem sie sagen: Uns reicht im Übergang eine pauschale Vergütung; wir wollen keine Spitzabrechnung der Überstunden machen. Sonst kämen noch größere Summen als 23 Millionen € zustande. Also lasst uns das Problem gemeinsam lösen.

Denn kurzfristig funktioniert eines nicht, worüber man aber mittelfristig reden muss: Wir können nicht kurzfristig die 1.500 Feuerwehrleute in Nordrhein-Westfalen einstellen, die notwendig wären, um den Wechsel von der 54- auf die 48-Stunden-Woche zu kompensieren. Das wäre eine teure Veranstaltung und würde die Kommunen 70 Millionen € kosten; aber das ist nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem ist: Wir haben diese ausgebildeten Feuerwehrbeamten zurzeit nicht.

Wenn wir also nicht mehr Feuerwehrleute einstellen können, die, die bei der Feuerwehr sind, aber weniger arbeiten sollen, weil das durch die EU und auch durch die entsprechende Arbeitszeitverordnung der Landesregierung so vorgegeben ist, und es trotzdem eine Lösung gibt, bei der alle Beteiligten mitmachen würden, bleibt nur eine Frage: Warum macht die Landesregierung das kaputt? Diese Antwort hätte ich gerne gehabt.

Meine Erklärung ist folgende: Das Problem der Landesregierung und vor allem des Ministerpräsidenten ist, dass er sich sehr stark im Streit mit der Kanzlerin engagiert. Er engagiert sich sehr stark im Kampf der Provinzfürsten der Union. Er setzt alle Kraft in innerparteiliche Auseinandersetzungen. Wenn bei einem solchen Problem der CDU-Bundesparteitag wichtiger wird als das eigene Land, als Nordrhein-Westfalen, dann hat der Ministerpräsident hier versagt.

(Beifall von der SPD)

Deswegen ist mein Appell von dieser Stelle an Herrn Rüttgers, an den Chef, weil wir gesehen haben, wie das zwischen den Fachministern einhergeht: Kommen Sie nach Nordrhein-Westfalen. Lösen Sie als Ministerpräsident vor allem die Probleme, die dieses Land hat,

(Beifall von der SPD)

und opfern Sie nicht so viel Zeit für innerparteiliche Schlachten. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Rudolph.